

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 18/17

► Merkels entlarvende Brexit-Logik:

Erst bezahlen, dann das ganze Paket aushandeln. Das fordert die Bundeskanzlerin von der britischen Regierung. Die Briten sollen erst eine Rechnung für den Ausstieg aus der EU begleichen und dann den Austritt verhandeln. So würde selbst der Dummste nicht einmal einen Gebrauchtwagen kaufen. Warum macht Merket dann so etwas? Weil sie eine Chance sieht, den Brexit doch noch zu verhindern. Das ist die einzige Erklärung, die Sinn macht — außer, dass die Kanzlerin ein Fall für die Klapsmühle ist.

► Erneute Mainstream-Hetze gegen *Xavier Naidoo*:

Focus gab die erste Salve ab. Vorige Woche publizierte das Blatt anlässlich des neuen Albums des Musikers und seiner Gruppe »Die Söhne Mannheims« eine Breitseite, in der es *Naidoo* »widerliches Wutbürger-Gehetze« vorwarf. Die schlimme Verfehlung des Künstlers bestand laut *Focus* darin, sich Pegida-Vokabulars zu bedienen und in dem Lied »Marionetten« von »Volksverrättern« zu singen.

Anscheinend lesen Redakteure bei *Focus Online* nur die eigenen Texte. Sonst hätten sie gemerkt, dass dieser schwere Vorwurf von immer mehr Deutschen gegen die politische Kaste in Berlin erhoben wird. Die Bürger werfen der Regierung Merket vor, den Vorgaben aus Washington hörig zu folgen, Lobbyisten bis zu vier Mal so viele Termine zu gewähren wie Bürgern und deren Vertretern sowie das Grundgesetz und internationale Vereinbarungen nach Belieben zu ignorieren, wenn es um politische Großprojekte geht. Dass *Xavier Naidoo* sich dieser Kritik an der Bundesregierung zumindest teilweise anschließt — und dabei Reizworte einer friedlich demonstrierenden Bewegung in Dresden gebraucht — reicht aus, um ihn als »vollkommen durchgedreht« zu bezeichnen. Kein Wunder, dass das Publikum den Mainstream-Blättern in Scharen davonläuft, wenn Journalisten es aufgrund dieser Kritik in die Klapsmühle überweisen.

► »Die Kopftuch-Heuchelei muss endlich aufhören«:

Das fordert die Initiative Liberaler Muslime Österreich in einem offenen Brief vom Bundeskanzler unseres Nachbarlandes. Alexander van der Bellen hat für mächtige Irritationen gesorgt, als er sagte, es werde der Tag kommen, an dem man alle Frauen bitten müsse, »aus Solidarität« Kopftücher zu tragen. Das wurde nicht nur Tausenden von Bürgern in den sozialen Plattformen zu bunt, sondern sogar eher gemäßigten Muslimen. Diese halten van der Bellens Prognose für das, was sie ist: groben Unsinn und Heuchelei.

► EU-Galionsfiguren schwer unter Beschuss:

Das EU-Parlament hat seinen ehemaligen Präsidenten, den jetzigen SPD-Kanzlerkandidaten *Martin Schulz*, wegen »kritikwürdigen« Umgangs mit Steuergeldern gerügt. Er hat sich laut Haushaltsbericht selbst ermächtigt, eine Sonderzulage an Kabinettsmitglieder gewähren zu können. Währenddessen stellt sich heraus, dass EU-Kommissionschef *Jean-Claude Juncker* als früherer Premier von Luxemburg, als der er steuerliche Vorzugskonditionen für internationale Firmen gewährte, jahrelang eine Steuerreform in der EU hartnäckig blockierte, die die Steuervermeidung ebenjener Konzerne eindämmen sollte. Es ist derselbe Juncker, der vor wenigen Tagen vollmundig behauptet hat, die Bürger Europas würden das nächste Kapitel in der Geschichte der EU schreiben.

► Fake News über Rechtsextreme in Sachsens Kindergärten:

Einer der aus dem Boden sprießenden Fake-News-Spürhunde des linken Mainstreams hätte das vermutlich mit einem Telefonanruf klären können. In Sachsens Kindertageseinrichtungen gibt es keine extremistischen Vorfälle. Das brachte eine Anfrage der *AfD* im Landtag von Sachsen zum Vorschein. Der Hintergrund: Ein Mitarbeiter des Kulturbüros Sachsen hatte in der *Sächsischen Zeitung* gewarnt, in einigen Regionen des Freistaates gebe es vermehrt Anmeldungen von Kindern, deren Eltern als »Rechte« bekannt seien. Im Auftrag des Landesjugendamtes wurde sofort mit einer »Feldforschung« begonnen. Die schlug sich in einer Broschüre mit dem Titel »Ist die Kita ein Schutzraum vor Gesellschaft und Politik?« nieder. Im vergangenen Haushaltsjahr wurde das Kulturbüro mit mehr als 113000 Euro gefördert. Jetzt steht nach umfangreicher Feldforschung fest: Dem Landesjugendamt sind keine »extremistischen Vorfälle« benannt worden. Linker Aktionismus, der auf Gerüchte ansprang und Fake News entlarvte.

► Goldimporte in Asien steigen rasant:

Was wissen die Asiaten, was andere Anleger im Westen nicht wissen? Das gelbe Edelmetall hat zuletzt wieder deutlich seinen Kurs korrigiert. Doch im Monat März haben die Schweizer Raffinerien, wie die Zollverwaltung der Eidgenossen meldet, deutlich mehr Gold nach Asien geliefert. So wurden 55 Tonnen nach Indien verbracht, was eine Steigerung von 283 Prozent zum Vorjahr bedeutet. Die Schweizer Goldlieferungen dienen als Barometer, weil die Raffinerien im Alpenland etwa zwei Drittel des weltweit nachgefragten Goldes aufbereiten. Jetzt kann man also rätseln. Der Goldpreis gab kräftig nach, als *Emmanuel Macron* die erste Runde der Präsidentenwahl in Frankreich gegen *Marine Le Pen* gewann. Und er fiel, obwohl der Konflikt um Nordkorea eskaliert. Die Investmentbanken reden mal wieder das Gold schlecht und Fonds bringen sich mit Wetten auf sinkende Goldpreise in Stellung. Doch die Krisenherde auf dem Planeten legen Vorsicht nahe. Und die Asiaten spüren die drohende Gefahr mehr als andere.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 19/17

► **Leitmedien sind miese Kampfblätter geworden:**

Der *Economist* rief in seiner letzten Ausgabe vor der entscheidenden Runde der französischen Präsidentenwahl im Nachrichtenteil die Franzosen auf: »Wählt den Banker, es ist wichtig«. Ein Rückblick zeigt: Das Blatt hatte nach der Finanzkrise heftige Kritik an der Finanzindustrie geübt. So hieß es in der Ausgabe des *Economist* vom 7. September 2013 — reichlich fünf Jahre nach Ausbruch der Finanzkrise:

- »Nach einem halben Jahrzehnt ist klar, dass die Krise einige Ursachen hatte. Die offensichtlichste sind die Banker selbst ... die uns vormachten, sie hätten einen Weg gefunden, das Risiko auszuschalten, wo sie es in Wahrheit nur aus dem Blick verloren hatten.« Fazit: Wenn es um den Schutz der transatlantischen, neo-konservativen Eliten und die Fortführung des im Wahlvolk immer unbeliebteren EU-Projektes geht, dann ist Schmierfinken im Mainstream alles recht, selbst die Zerstörung der eigenen Glaubwürdigkeit.

► **Eliten-Präsident Macron verspricht Politik für alle:**

Er ist ein Kind des Systems. Die Mainstream-Medien in Frankreich haben Emmanuel Macron mehr Auftritte auf Titelseiten gegeben als jedem anderen Kandidaten in den Wahlen zuvor. Das Establishment hat seine Kampagne zum Erfolg geführt. Als Minister im Kabinett von *François Hollande* hat der ehemalige Rothschild-Banker Arbeitsmarktreformen versucht, die Millionen Franzosen ablehnten. Jetzt verspricht er, er wolle sich »mit allen Kräften gegen die Spaltung« der Gesellschaft einsetzen. Dabei weiß Macron mindestens bis zu den Parlamentswahlen im Juni nicht einmal, wer seine Kräfte sind. Und sehr wahrscheinlich auch danach nicht. Und wen der Banker mit seiner Politik im Blick hat, weiß man in Frankreich bereits. Der französische Autor und Philosoph *Didier Erignon* wird Recht behalten: Wer diesmal Macron gewählt hat, hat für die nächste Wahl *Marine Le Pen* gleich mitgewählt.

► **»Armer Martin Schulz«? — Arme *Leitmedien!*:**

Focus präsentiert fünf Gründe, »warum einem Martin Schulz leid tun kann«. Schon in der Dachzeile des Beitrags werden »überzogene Erwartungen« als der wesentliche Grund dafür genannt, dass der Kanzlerkandidat der SPD mit seiner Partei derzeit deutlich an Zustimmung verliert. Was diese *Focus*-Analyse nicht erwähnt: Die »überzogenen Erwartungen« an den EU-Soldaten, den weite Teile des Wahlvolkes von Anfang an ablehnten, die haben die Leitmedien selbst nach Kräften geschürt. Der *Focus* selbst stimmte nach der Wahl von Schulz zum Kanzlerkandidaten der SPD in die Jubelchöre des Medien-Mainstreams ein. Am 2. Februar erklärte das Magazin: »Internetnutzer feiern Martin Schulz als Anti-Trump«. Die Dachzeile lautete: »*Gottkanzler Schulz*«.

► **Grüne Verlogenheit:**

Die Grünen drohen unter die Marke von fünf Prozent zu fallen und haben nichts Besseres zu tun, als gendergerechte Steuerformulare zu fordern. Als Begründung wird die Position der Frau auf dem Steuerformular angeführt. Bei Ehepaaren, die

zusammen veranlagt würden, stehe die Frau trotzdem an zweiter Stelle hinter dem Mann, selbst wenn sie mehr verdiene. Komisch:

- ? *Wann haben wir je etwas von den Grünen zur Spazier-Formation muslimischer Familien in deutschen Fußgängerzonen und auf Gehwegen gehört?*
→ *Dort gehört es zum Alltagsbild, dass die Frau hinter dem Mann geht.*

► **EU fordert Mitgliedsländer zur Öffnung der Grenzen auf:**

Europol hat Ende 2016 vor weiteren Anschlägen radikaler Moslems in Europa gewarnt. *Donald Trump* hat gegenüber den Amerikanern eine Reisewarnung für Europa ausgesprochen. IS-Terroristen weichen nach Niederlagen im Nahen Osten verstärkt nach Europa aus und wollen hier einsickern, sagen Geheimdienste voraus. Und was macht die EU daraus?

- *Sie fordert die Mitgliedsländer auf, in den kommenden sechs Monaten die Grenzen wieder vollständig zu öffnen. Grenzkontrollen seien nicht im Geiste der Solidarität und Kooperation in der EU.*

Die Sicherheit der Menschen ist es offenbar auch nicht. Die Aufforderung ignoriert, dass die Zahl der Migranten, die über das Mittelmeer nach Europa strömen und im zwangsfinanzierten Fernsehen fast vollständig ausgeblendet werden, derzeit wieder deutlich zunimmt. Dass damit auch die terroristische Bedrohung zunimmt, scheint in Brüssel niemanden sonderlich zu beunruhigen.

- In einzelnen Mitgliedsländern aber schon. Am 26. April verlangte *Österreichs Innenminister Wolfgang Sobotka* die unbefristete Verlängerung der Grenzkontrollen. Mit Blick auf die öffentliche Ordnung und die innere Sicherheit wolle er wissen, wer ins Land kommt. In Berlin ist davon nichts Vergleichbares zu hören.

► **Bundshaushalt wird zur Fürsorgekasse:**

Jetzt haben wir es amtlich, dass in Berlin mit völlig falschen Prioritäten regiert wird. Der Deutsche Städtebund hat eine Warnung ausgesprochen, weil inzwischen mit 52% über die Hälfte des Bundshaushaltes für Soziales ausgegeben wird. Das Ende der Fahnenstange ist längst nicht erreicht, weil vor der Bundestagswahl im September immer neue Versprechen gemacht werden. Das Geld fehlt dann für Investitionen und Ausgaben, die unerlässlich sind, wenn Produktivität, Arbeitsplätze und Wohlstand nicht deutlich erodieren sollen, vor allem Investitionen in Bildung und die Infrastruktur.

- »*Deutschland wird auf Dauer keine Wohlstandsinsel in einer immer schwierigeren Welt sein können*«, sagt der Hauptgeschäftsführer des Städtebunds

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 20/17

► **Zum Thema Lügenmedien:**

Der Norddeutsche Rundfunk zieht sich wegen der »*Söhne Mannheims*« vom Plaza-Festival in Hannover am 26. Mai mit der Gruppe zurück. Zur Begründung heißt es: »*Einige Textpassagen des Songs >Marionetten< aus dem neuen Album der Söhne Mannheims passen einfach nicht zu NDR 2.*« Das ist der gleiche ARD-Sender, der

»Nazi-Schlampe« als Charakterisierung der *AfD-Politikerin Alice Weidel* völlig okay findet. Währenddessen mehren sich Nachrichten über Auftrittverbote, Schreibverbote, Berufsverbote, Sprechverbote, Wahrheitsfinder, Schnüffler, Denunzianten und Denkverbote. Wir leben im Deutschland des Jahres 2017.

► Die Zahl der Schengen-Fahndungen explodiert förmlich:

Als der Schengen-Raum Ende 2007 durch osteuropäische Beitrittsländer erweitert wurde, jubelten der damalige *Innenminister Wolfgang Schäuble* und die Leitmedien. Jetzt herrsche Freizügigkeit, mit einem Anstieg der Gewalt sei nicht zu rechnen. Autoren wie *Udo Ulfkotte*, die vor einer erheblich höheren Gewalt warnten, wurden verhöhnt. Jetzt musste der für Sicherheit zuständige *EU-Kommissar Julian King* zugeben, dass allein 2016 die nationalen Sicherheitsbehörden vier Milliarden Abfragen im sogenannten Schengen-Informationssystem gestartet haben. Das war eine Zunahme von 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr — und ein neuer Rekord.

► In Hamburg sieht man, dass Deutschland einen Offenbarungseid leistet:

Wie erkennt man, dass ein Land den Zusammenbruch seiner öffentlichen Ordnung erlebt? Selbst wenn die Statistiken frisiert, die Medien verlogen und die Propaganda der politischen Kaste kaum noch zu überbieten sind, ist das ganz leicht: Man erkennt es daran, dass eine der berühmtesten Polizeiwachen des Landes von einem privaten Wachdienst beschützt werden muss. Genau das spielt sich gerade in Hamburg ab. Die bekannte Davidwache an der Reeperbahn wird jetzt von privaten Wachleuten gesichert, damit die Polizisten entlastet werden, wie es heißt. Aus Naumburg haben wir vor wenigen Tagen gehört, dass in der lokalen Polizeiwache aus Syrien stammende Clanmitglieder die diensthabenden Polizisten massiv bedroht und beleidigt haben, inklusive deren Familien. Dagegen wurde nichts unternommen. Wie soll die Polizei uns schützen, wenn sie sich nicht einmal mehr selbst verteidigen kann — oder will?

► Merkels Heuchelei zur Globalisierung:

Deutsche Politiker stehen in der ersten Reihe, wenn es darum geht, *US-Präsident Trump* dafür zu attackieren, dass er »America First« ruft und dem weltweiten Güteraustausch schade. Was dieses Heuchel-Bekenntnis wert ist, haben wir am Wochenende gesehen, als China ein globales Gipfeltreffen mit 28 Staats- und Regierungschefs sowie mehr als 1000 Managern aus aller Welt für den Aufbau der neuen Seidenstraße abhielt. Da bot sich die Gelegenheit, für das größte wirtschaftliche Projekt der Welt in den nächsten zwei bis drei Generationen Geschäfte anzubahnen und auf die wirtschaftliche Gestaltung des eurasischen Doppelkontinents Einfluss zu nehmen. Doch Deutschland, Frankreich und Großbritannien schickten zu dem Spitzen-Forum lediglich Finanzbeamte. Aus Washington reiste eine zweitrangige Delegation an. Und die Europäer lieferten sich mit China einen peinlichen Streit.

► Für die GEZ ein zweites Mal in den Bau?

Sie war im Frühjahr 2016 die erste *GEZ-Verweigerin*, die ins Gefängnis musste. Nach 61 Tagen endete *Sieglinde Baumerts* Erzwingungshaft. Jetzt, ziemlich genau ein Jahr später, droht der mutigen Gegnerin des Zwangsgebührens-systems eine zweite Runde im Gefängnis, wie sie in ihrem Blog berichtet. Dort schreibt sie: *»Vielleicht habt Ihr mitbekommen, dass ich erneut in Erzwingungshaft gesteckt werden soll. Diese Maßnahme soll dazu dienen, meinen Willen zu brechen.«* Inzwischen sind 900 Euro Forderungen aufgelaufen. *Baumert* ruft Sympathisanten dazu auf, bei der Justiz-zahlstelle Gera nachzufragen, ob eine solche Forderung *»und eine nicht geleistete Unterschrift aus Gewissensgründen sechs Monate Haft rechtfertigen, während gefährliche Straftäter aus Platzmangel in den Gefängnissen nicht verurteilt werden«*.

► Facebook macht Islamkritiker mundtot:

Die Plattform hat nach übereinstimmenden Berichten Betroffener vor der NRW-Wahl auffallend viele islamkritische Profile gesperrt, darunter die von *Jürgen Fritz*, *Joachim Steinhöfel* und *Markus Hibbeler*. Auch in den USA wurden die Accounts von kritischen Autoren zeitweise eingeschränkt. Oft werden dabei die Einträge nicht in der Chronik der Abonnenten angezeigt. Der Medienrechtler *Steinhöfel* sammelt auf seiner *»Wand der Schande«* zahlreiche derartige Löschungen oder Sperrungen.

► Volldampf voraus in den Sozialismus:

Die Ärzte klagen, so lange wir uns erinnern können, über zu geringe Honorare. Vor der Bundestagswahl haben die Klagenden einen Verbündeten gefunden. SPD-Gesundheitsexperte *Karl Lauterbach* will staatliche Honorare für Kassenärzte. Nichts scheint der SPD zu teuer, um aus ihrem deprimierenden Abwärtssog wieder herauszukommen. Dass unsere politische Kaste nach jahrzehntelanger Ignoranz das Sparen endlich einmal lernen müsste, haben die jüngsten Landtagswahlen deutlich gezeigt. Ob die Botschaft bei den Großkoalitionären von CDU/CSU und SPD ankommt, ist eine ganz andere Frage.

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 21/17

► Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern:

Vor einem Jahr stand die Landesregierung von Hessen unter Beschuss. Der Vorwurf: Die Regierung dränge mit Vorgaben die Polizei, die Kriminalität von Ausländern zu verharmlosen. Die Pressearbeit der Polizei werde nicht zentral gesteuert, beteuerte damals Innenminister *Peter Beuth* (CDU). Es gebe *»kein Defizit«* bei der Berichterstattung. Also alles o. k.? Wohl kaum. Denn jetzt hören wir, dass bis zu drei Viertel der Inhaftierten in Hessens Gefängnissen schlecht oder gar nicht Deutsch sprechen. Irgendwie müssen sich diese Gefängnisse aber mit diesem Personenkreis gefüllt haben. Eine Antwort von Hessens Justizministerin *Eva Kühne-Hörmann* (CDU) auf eine

Anfrage der SPD ergab demnach, dass in sieben von 17 Anstalten mindestens jeder zweite Insasse schlecht Deutsch kann.

► **Autoindustrie als Pulverfass:**

In den Topmärkten USA, Westeuropa und China bricht erstmals seit der Finanzkrise 2008 der Autoabsatz gleichzeitig ein. In den USA gibt Ford die Entlassung von jedem zehnten Beschäftigten bekannt. *General Motors* beurlaubt Mitarbeiter, um die Produktion zu drosseln.

Im November hatte bereits Volkswagen angekündigt, weltweit 30000 Stellen abzubauen. Schuld daran ist nicht nur, dass die Autoverkäufe jahrelang geboomt haben. Jetzt platzt auch noch die Blase bei den Schrottkrediten, die besonders in Nordamerika seit der Finanzkrise wieder an Autokunden vergeben wurden, die sich einen Autokauf gar nicht leisten können.

Seit der Finanzkrise gab es nicht mehr so viele unverkaufte Fahrzeuge auf den Höfen der verzweifelten Autohändler. Über eine Million Amerikaner sind mit der Tilgung ihrer Autokredite in Verzug. Die Tilgungskrise ist laut der Finanzwebseite *Zero Hedge* größer, als sie je zuvor war.

► **»US-Medien haben nicht mehr alle Tassen im Schrank«:**

Das schreibt *Adriana Cohen* in einem Kommentar des *Boston Herald*. Das ist jene US-Zeitung, die vor wenigen Tagen in skandalöser Weise dazu aufrief, Impfkritiker aufzuhängen. Doch diesmal trifft der Kommentar mit Blick auf die mediale Hexenjagd gegen Donald Trump direkt ins Schwarze:

- *»Nach nur fünf Monaten geht 2017 bereits in die Geschichte ein als das Jahr, das uns die einseitigsten Medien bescherte, die wir jemals gesehen haben.«*

Als Speerspitzen des medialen Kreuzzugs gegen den US-Präsidenten macht der *Boston Herald* die *Washington Post*, die *New York Times*, die *Huffington Post*, die *New York Daily News* und die Nachrichtenagentur *Associated Press* aus.

► **Die USA erleben einen Krieg von innen:**

Der *»Tiefe Staat«* greift die USA von innen an, indem er den demokratisch gewählten Präsidenten mit allen Mitteln absetzen will. Das sagt kein Republikaner, der Donald Trump Schützenhilfe leisten will, sondern der langjährige Demokrat *Dennis Kucinich*, der 17 Jahre lang dem US-Repräsentantenhaus angehörte und 2003 das Buch *Prayer for America* herausbrachte. In einem Interview mit dem Sender Fox News sagte Kucinich vergangene Woche:

- *»Wir haben politisierte Geheimdienste, aus denen heraus einzelne anonym Dokumente an die Medien durchstechen, mit der Absicht, den Präsidenten zu stürzen. Dies ist sehr gefährlich für unser Land. Es ist eine Bedrohung für die Republik. Es stellt eine deutliche Gefahr für unseren Lebensstil dar.«*

► **Frankreichs Elite hätte Le Pen bei einem Wahlsieg verhindert:**

Das wird aus ersten Berichten in französischen Medien deutlich. Demnach hatte eine Gruppe von Ministern und Topbeamten einen Plan ausgeheckt, der nicht schriftlich niedergelegt wurde und keinen Namen hatte, aber vorsah, im Falle eines Wahlsieges von *Marine Le Pen* eine Notsitzung des Parlaments einzuberufen und den amtierenden Premierminister im Amt zu belassen. Teile der Polizei und der Geheimdienste waren eingeweiht in diesen Plan, der Unruhen verhindern und »*die politische Situation einfrieren*« sollte. Bei regionalen Polizeichefs wurden hierfür laut dem Magazin *L'Obs* bereits zwei Wochen vor der entscheidenden Wahlrunde am 7. Mai entsprechende Einsatzpläne abgefragt.

► **Wie die »moderne Medizin« Heilungschancen behindert:**

Einer neuen Studie des renommierten britischen Zentrums für botanische Forschung - *Kew Garden* - zufolge sind 28 187 Pflanzenarten mit medizinischem Nutzen bekannt. Doch lediglich 16 Prozent von ihnen - nur jede sechste findet in medizinischen Publikationen Erwähnung. Der Rest wird ignoriert. Die Zahl dieser Pflanzen hat laut der Studie binnen eines Jahres sogar um 59 Prozent zugenommen. Genannt werden in der Studie mit dem Titel *State of the World's Plants* (»*Bestandsaufnahme der Pflanzen der Welt*«) unter anderem die Pflanzenstoffe Artemisinin und Chinin, denen eine beachtliche Wirkung gegen Malaria zugeschrieben wird.

► **USA bereiten sich auf Unruhen im Sommer vor:**

Das berichtet die Webseite *InfoWars*. Demnach kaufen Polizeibehörden quer durch das Land Helme, Schutzwesten, Nebelgranaten, Pfefferspray, Gummigeschosse, Gasmasken und Schlagstöcke. Der größte Teil dieser zusätzlichen Ausrüstung taugt eher für Straßenschlachten und größere Unruhen als für harmlose Demonstrationen. Wer die Hexenjagd gegen US-Präsident Trump verfolgt und die wachsenden sozialen Spannungen in den USA beobachtet, kann sich gut vorstellen, dass das Timing der Polizei eher gezielt als Zufall ist